

STADTSCHULDEN: INADÄQUATE REGELN GEFÄHRDEN ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Die Finanzkrise hat durch den mit der wirtschaftlichen Schwäche verbundenen Ausfall an Steuer- und Beitragseinnahmen sowie die Kosten der Bankenstabilisierung auch zu einem merklichen Anstieg der Staatsschulden geführt. In Österreich hat sich die Staatsschuldenquote seit 2008 um 20 Prozent des BIP erhöht, wenig im EU-Vergleich, doch auf ein Niveau, das langfristig nicht tragbar ist. Auch in Wien, wo zudem versucht wurde, die wirtschaftliche Lage durch eine markante Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu stabilisieren, sind die Finanzschulden kräftig gestiegen. Daten für die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung liegen nur bis 2011 vor, sie haben sich seit 2008 auf 2.300 Euro nahezu verdreifacht und dürften auch seither weiter gestiegen sein.

Dieser Anstieg war wirtschaftlich bestimmt sinnvoll und das Verschuldungsniveau liegt auch im Österreichvergleich günstig (Schulden von Bundesländern und Gemeinden): Während der Durchschnitt der Bundesländer einen Wert von 3.200 Euro aufwies (mit 4.450 Euro in Niederösterreich und 3.900 Euro in Kärnten an der Spitze), bleibt Wien deutlich darunter. Doch die wirtschaftlich wenig durchdachten Grenzen des EU-Fiskalpaktes und des innerösterreichischen Stabilitätspaktes sind sehr eng. Nicht einmal die für eine wachsende Stadt unabdingbaren Investitionen in die kommunale Infrastruktur, vom öffentlichen Verkehr, über das Bildungssystem und den Wohnbau, werden vom Nulldefizitwahn verschont. Hier gefährden falsche wirtschaftliche Ideologien die Zukunft einer Stadt und ihrer Menschen.

BEQUEME AUSGANGSLAGE WIENS, ABER AKTIVE POLITIK GEFORDERT

Trotz der vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen ist die Ausgangsposition der Stadt Wien relativ bequem. Dies beruht vor allem auf der leistungsfähigen Wirtschaft, der Errungenschaft der gut ausgebauten sozialen Dienstleistungen und dem hohen Wohlstand. Der Reichtum Wiens zeigt sich im privaten Vermögen, das trotz der Finanzkrise so hoch ist wie nie zuvor, ein Vielfaches der öffentlichen Verschuldung beträgt und extrem konzentriert ist. Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern und Städten in Österreich und Europa ist in Wien auch das öffentliche Vermögen hoch. Die Stadt verfügt über hohe Immobilienbestände und wertvolle Unternehmensanteile. Wahrscheinlich ist das öffentliche Vermögen sogar merklich höher als die öffentliche Verschuldung, doch bislang ist es nicht bewertet. Die solide wirtschaftliche Lage der Stadt verbessert deren Ausgangsposition in der Bewältigung der großen Probleme beträchtlich. Es zeigt auch, wie wichtig öffentliches Eigentum ist, um die finanziellen Leistungsfähigkeit zu sichern und die Versorgung mit Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen selbst in einer rasch wachsenden Stadt gewährleisten zu können.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten, über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften. Er hat sich in der Finanzkrise bewährt und muss weiter gepflegt werden. Die Herausforderungen bestehen in der Grundversorgung aller Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage mit öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Das verlangt auf Basis der bestehenden erfolgreichen Modelle nach zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und den sozialen Wohnbau sowie einer Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens, des Bildungssystems, der Sozialarbeit und anderer sozialer Dienstleistungen.

Diese öffentlichen Leistungen sind auch für den Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung. Die Beschäftigungswirkungen des Ausbaus sozialer Dienstleistungen sind unvergleichlich höher als die Ausweitung von Sozialtransfers oder von Steuersenkungen. Pro Milliarde Euro werden mit sozialen Dienstleistungen 18.000-25.000 Jobs geschaffen oder erhalten, mit öffentlichen Investitionen immerhin noch halb so viele, mit Steuersenkungen nur noch ein Viertel. Generell gilt es in dieser schwierigen

Arbeitsmarktsituation und angesichts der knappen öffentlichen Mittel, alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben penibel auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen und die entsprechenden Reformen der Strukturen vorzunehmen.

Bei raschem Wachstum von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot wächst der Druck auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen. Diesem Problem wird nicht ohne einer Verringerung des Arbeitskräfteangebots beizukommen sein: Neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung müssen entwickelt werden. In den Kollektivverträgen kann dem Vorbild der „Freizeitoption“ in den Bereichen Elektor, Bergbau, Stahl gefolgt werden; Karenzmodelle vor allem zum Zweck der Weiterbildung sind auszubauen; die Anreize für Überstunden für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen müssen im Interesse der Gesundheit und der Beschäftigungswirkungen verringert werden. Zudem gilt es zusätzliche Mittel in die Qualifizierung der Arbeitskräfte zu stecken. Die Beschäftigungspolitik muss darüber hinaus die Qualität der neuen Jobs im Auge haben: Das Entstehen eines Niedriglohnssektors wie in Deutschland mit schlechter sozialer Absicherung und nicht existenzsichernden Einkommen muss verhindert werden.

Der Ausbau öffentlicher Leistungen kann auf zweifache Weise finanziert werden. Zum ersten durch die Einführung einer „goldenen Regel der Finanzpolitik“. Öffentliche Investitionen haben über Generationen hinweg positive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Würden sie nur durch laufende Steuern finanziert, so zahlt die heutige Generation die gesamten Investitionskosten, während zukünftige Generationen profitieren. Eine reine Steuerfinanzierung des Ausbaus der Westbahn, des Baus von U-Bahnen, Schulzentren oder Krankenhäusern in der rasch wachsenden Stadt Wien wäre ökonomisch ineffizient. Das würde zu geringerer Investitionstätigkeit als notwendig führen. Die Finanzwissenschaft empfiehlt aufgrund dieser Zusammenhänge die Einhaltung einer „goldenen Regel der Budgetpolitik“. Darunter versteht man, dass öffentliche Neuverschuldung im Ausmaß der Höhe der öffentlichen Investitionen gerechtfertigt ist. Aufgrund der langfristig positiven Wirkungen der öffentlichen Investitionen auf die Wirtschaftsentwicklung sollen diese nicht aus dem laufenden Budget finanziert werden. Mit der Einführung einer „goldenen Regel“ auf europäischer Ebene könnten gesamtwirtschaftlich wertvolle Investitionen tätigen und so das Potential der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung stärken, ohne die grundlegenden Zielsetzungen des EU-Fiskalpakts zu vernachlässigen.

Zweitens durch die Beteiligung privater Vermögen an der Finanzierung öffentlicher Leistungen: In der Besteuerung von großen Vermögen, Erbschaften und Spitzeneinkommen besteht ein erheblicher Spielraum zum Ausbau der Infrastruktur und zur steuerlichen Entlastung der ArbeitnehmerInnen. Thomas Piketty hat zudem darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig eine Vermögenssteuer für die Erhöhung der wirtschaftlichen Transparenz, zur Regulierung des Kapitalismus und zur Sicherung von Demokratie und Freiheit ist. Dies ist das zentrale Projekt emanzipatorischer Wirtschaftspolitik.